



»DANKE, CORONA-REGIME«: DER GEWERBLICHE MITTELSTAND IN EXIS

Von Hermann Ploppa

Noch rieselt es nur leise im Gebälk. Unter dem Schutzschirm eines frisch gedruckten aber nirgendwo gedeckten Staatsgeldes verfaulen jene empfindlichen Pflanzen, denen die Bundesregierung bereits im März mit dem Lockdown ohne Not die Lebenspendenden Wurzeln abgeschnitten hat.

Doch die Stunde der Wahrheit steht bevor. Der Mittelstand, einst Stolz und Juwel des deutschen Wirtschaftswunders, Lieferant von Arbeitsplätzen und Exportschlager, wird gerade für die irrsinnige Choreographie des versöderten Maskenballs auf dem Blutaltar der Corona-Religion geopfert. Frank Kebekus sagt für diesen Herbst einen »Tsunami von Klein- und Kleinst-Unternehmen« voraus. Der Mann muss es wissen, denn er ist ein bekannter Insolvenzverwalter und hatte sich im Sommer um die Galeria-Kaufhof-Karstadt-Kette gekümmert. Und Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft: »Die Mittelständler rechnen einer KfW-Umfrage zufolge allein für die Monate März bis Mai mit Umsatzeinbußen von rund 250 Milliarden Euro. Die hieraus resultierenden Liquiditätseingänge können trotz staatlicher Soforthilfen nicht mehr lange überbrückt werden.« Bei einer Anhörung des Außenparlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses schätzte der Wirtschaftspräsident Christian Kreiß, dass es in diesem Herbst 500.000 bis 800.000 Insolvenzen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen geben könnte.

Noch hüllt sich die große Mehrheit der Mittelständler in gramvolles Schweigen. Man kann davon ausgehen, dass Angst dabei eine große Rolle spielt. Angst, Kunden zu verlieren, wenn man etwas sagt, was nicht dem anerkannten Mainstream entspricht. Man kann sich isolieren. Banken könnten einem Mittelständler Kredite verweigern, die bislang immer gewährt wurden. Da ist als abschreckendes Beispiel die rabiate Sanktionierung des Geschäftsführers und Inhabers des Naturkostunternehmens Rapunzel, Joseph Wilhelm. Als Wilhelm das offizielle Narrativ der tödlichen Seuche Covid-19 sehr früh schon zu hinterfragen wagte, wurden seine Produkte sofort aus den Regalen der Supermärkte verbannt und der Rapunzel-Begründer persönlich in übelster Boulevard-Manier als »Märchenerzähler« (so die »linke« Gazette taz) diffamiert. Andere Unternehmer wurden von übereifrigen Standesgenossen gemobbt, sobald sie die Weisheit der Merkel-Coronisten zu kritisieren wagten.

Die Grundstimmung vieler mittelständischer Unternehmer ist geprägt von einer nie endenden wollenden Hab-Acht-Stellung. Sie stehen auf mit dem Gedanken an ihre Firma, sind sechzehn Stunden am Tag mit nichts anderem beschäftigt und träumen dann nachts noch von der Firma. Trotz ehrbarer Arbeit stehen sie immer mit einem Bein im Gefängnis. Denn gegenüber Behörden müssen sie unablässig ihre Unschuld beweisen – eine groteske Umkehrung des Rechtsstaatsprinzips.

Dazu der faktische Offenbarungseid im Dreimonatstakt beim Finanzamt. Was haben diese Mittelständler verbrochen? Zur gleichen Zeit werden multinationale Megakonzerne mit Steuerbefreiung angelockt. Deren CEOs von den Regierungen hofiert und mit Verdienstorden dekoriert. Wenn der große Moderator der Superreichen, Klaus Schwab, zum Davoser Gipfel der Reichen und Mächtigen lädt, mutieren die eingeladenen Volksvertreter zu devoten Ministranten der marktradikalen Prediger.

KRISE IST OFFENSIV GEGEN DEN MITTELSTAND GERICHTET

Und seit einem halben Jahr hat die Bundesregierung mit ihren autoritär erlassenen Verordnungen den Strick um den Hals des gewerblichen Mittelstandes noch etwas enger gezogen. Durch eine Maßnahme, die auf den ersten Blick als Geste der Humanität aussehen konnte. Denn durch den im Zuge des ersten Lockdowns verordneten Stopp aller Wirtschaftstätigkeiten gerieten viele Unternehmen sofort in massive Zahlungsschwierigkeiten. Damit die Politiker nicht bereits zu Beginn ihres Corona-Regimes die Gefolgschaft des Mittelstands verloren, wurden die Unternehmer vorläufig von der Pflicht entbunden, ihre Zahlungsunfähigkeit anzuzeigen. Normalerweise muss der Geschäftsführer eines überschuldeten oder bereits zahlungsunfähigen Unternehmens nach §15a der Insolvenzordnung innerhalb von drei Wochen nach Feststellung dieses bei den Behörden melden. Andernfalls droht ihm Freiheitsstrafe wegen Insolvenzverschleppung.

Der Gedanke dabei ist: ein insolventes Unternehmen kann Geschäftspartner mit in den Konkurs reißen, wenn diese weiterhin in das marode Unternehmen investieren. Das heißt, dass aus dem Schneeball vereinzelter Insolvenzen durch die staatlich ermunterte Insolvenzverschleppung eine wahre Lawine mitgerissener Unternehmen werden kann. Wäre es der Bundesregierung nicht um eigenen Aufschub für bessere Zeiten gegangen, hätten sich hier bestimmt andere Wege finden lassen, um notleidenden Unternehmern sozialverträglich unter

die Arme zu greifen. Die Bundesregierung betätigt sich stattdessen als eifrige Initiatorin des Insolvenz-»Tsunamis«.

Mittlerweile ist die Befreiung von der Anzeigepflicht teilweise verlängert worden bis Jahresende: für zahlungsunfähige Unternehmen ist definitiv Schluss am 1. Oktober 2020. Überschuldete Unternehmen können noch bis zum 31. Dezember weitermachen. Dummheit oder Methode?

Als der Lockdown endlich aufgehoben wurde, warteten auf die mittelständischen Unternehmer Schikanen, die man auch nur als eine weitere geeignete Maßnahme zur endgültigen Liquidation dieser wichtigen Gesellschaftsgruppe deuten kann. In ein Buchgeschäft mit Maske zu gehen, während andere Kunden draußen stehen und warten, verunmöglicht jedes entschleunigte Stöbern in Büchern – was ja wohl den Charme eines Buchladens ausmacht. Vor Restaurants Schlange zu stehen in Manier der realsozialistischen DDR-HO-Gastronomie (»Sie werden plaziert!«) und dann noch Name, Adresse und Telefonnummer in einer Liste einzutragen, bevor man vom maskierten Kellner irgendwo hingesetzt wird, das ist einfach nur noch abstoßend. Zudem sind die Dienstleister oftmals sehr gereizt, denn die Angst, dass der Laden von der Gewerbeaufsicht wegen mangelnder Befolgung der Corona-Regeln geschlossen wird, ist erschreckend realistisch.

Kein Wunder also, wenn die großen Online-Anbieter riesige Umsatzzuwächse verzeichnen konnten, bis zu 40 Prozent bei Amazon. Eine gigantische Umverteilung von unten nach oben war die Folge: schätzungsweise 800 Milliarden Euro sind die Superreichen im Corona-Sommer reicher geworden. In derselben Zeit hat sich der öffentliche Sektor in Deutschland in eine gigantische Verschuldung begeben – ohne erkennbare Not. So schätzt der Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft, Mario Ohoven, dass die Staatsverschuldung dank Corona um 22 Prozent angestiegen ist auf nunmehr 81 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts: »Allein die Bundesagentur für Arbeit rechnet für das laufende Jahr bereits mit einem Defizit von mehr als 30 Milliarden Euro. Die Rentenkasse hat schon jetzt ein Loch von circa 100 Milliarden Euro.«

An eine Erholung des öffentlichen Sektors und des gewerblichen Mittelstands ist unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht zu denken. Die Bundesregierung und die ihr ergebenden Landesregierungen forcieren mit politischen Mitteln die Tendenz zur extremen Kapitalkonzentration in den Händen

ZAHLEN UND FAKTEN ZUM

Die Aktivitäten kleiner und Mittelgroßwohlergehen unserer Gesellschaft eumsatzsteuerpflichtigen Betriebe in versicherungspflichtigen Beschäftigtenze und bilden 81,8 % all

Man kann aus diesen Zahlen der Bundeslich ablesen, dass der gewerbliche Mitakteten Gesellschaft unerlässliche InfraSteuerabgaben, Ausbildung des erwe sich die großen Unternehmen, Kartel Drittel der Umsätze und Gewinne – ches zur Aufrechterhaltung der Gesel Mittelstand sorgt damit auch für eine sie durch eine allzu krasse Polarisier erzeugt

Vermögenszuwächse

**Jeff Bezos (Amazon)
Mackenzie Bezos (Ex Ehefrau von Bezos)
Elon Musk
Eric Yuan (Zoom Video Communications)
Mark Zuckerberg
Bill Gates
Larry Ellison (Oracle)
Warren Buffett
Steve Ballmer (Ex-Microsoft-Chef)**

Das Vermögen der 614 Milliar Jahr um 3,382 Billionen Dollar, seit Beginn des Corona-bedingt

einiger weniger Superreicher. Das hatten wir in Deutschland schon einmal. Die Machtergreifung durch die Nazis im Jahre 1933 machte nicht nur Schluss mit den bürgerlichen Freiheitsrechten. Auch die Kapitalkonzentration wurde vom Hitler-Regime politisch enorm forciert. »Unrentable« Klein- und Mittelbetriebe wurden durch Verordnungen einfach »abgeschaltet«.

Offenkundig gehören die Verschärfung der Kapitalkonzentration und die Abschaffung der Bürgerrechte untrennbar zusammen. Deswegen müssen sich Arbeiter, Angestellte, Beamte und Unternehmer solidarisch gegen das Corona-Regime erheben. Es geht um unsere Lebensqualität. Und um nichts weniger als unser Mensch-Sein.

Das K Ausw Statix Index



Bildreigen gegen Bilderstürmer: Bernt Notke, Lübecker Totentanz aus dem Jahr 1463, Reproduktion aus dem Jahr 1701 von Anton Wortmann, Schwarz-Weiss-Fotografie des Reigens aus der Lübecker Marienkirche vor deren Zerstörung im Zweiten Weltkrieg 1942.

STENZNOT

»WIR LEBEN IN EINER ZEIT, DIE EIN ANDERES DENKEN VON UNS FORDERT«

DEUTSCHEN MITTELSTAND

Über Unternehmen (KMU) sind für das entscheidend: Sie stellen 99,6 % aller Deutschland, mit 58,5 % aller sozial. Sie erwirtschaften 35 % aller Umsätze der Auszubildenden aus.

Die Bundesregierung aus dem Jahr 2015 deutet den Mittelstand die für das Gedeihen einer industriellen Struktur fast alleine schultert – durch den Rückgang des Nachwuchses –, während die Konzerne, die Rosinen – zwei herauspicken dürfen ohne wesentliche Abfederung von sozialen Härten, wie in arm und reich z.B. in den USA werden.

INTERVIEW Der Demokratische Widerstand im Gespräch mit der Initiative Unternehmer Stehen Auf

Die von der Bundesregierung seit über einem halben Jahr erlassenen Verordnungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise haben die Wirtschaft in Deutschland schwer beeinträchtigt. Es ist mittlerweile mit einer Pleitewelle bislang ungekannten Ausmaßes zu rechnen. Unternehmerverbände haben vorsichtige Kritik an der Corona-Politik der Regierung geübt. Jetzt meldet sich eine neue Unternehmer-Initiative zu Wort: Unternehmer Stehen Auf. Anders als die bislang bestehenden Unternehmerverbände übt die neue Initiative explizite Kritik an den Corona-Maßnahmen.

Unternehmer Stehen Auf hat kürzlich einen Offenen Brief an Wirtschaftsminister Peter Altmaier geschrieben, in dem es heißt: »Ihr Aktionismus macht selbstständig handelnde Menschen zu Bittstellern und bringt sie in eine wirtschaftlich prekäre Situation, von der sich diese Menschen schwer wieder erholen werden ... Wir fordern sofortigen Stopp der Corona-Maßnahmen. Zurzeit sterben drei Personen pro Tag in Deutschland angeblich an Corona! Wie viele Unternehmer pro Tag weltweit begehen Selbstmord?«

Unternehmer Stehen Auf (UStA) hat sich auch schon aktiv an Corona-Demonstrationen beteiligt. Grund genug für den Demokratischen Widerstand, einmal bei der Initiative genauer nachzufragen. Die Initiatorin möchte einstweilen noch nicht namentlich genannt werden.

DW: Der Name Ihrer Initiative klingt recht kämpferisch. Müssen die Unternehmer erst noch geweckt werden? Es gibt doch schon Unternehmervertretungen, wie z.B. den Bundesverband Mittelständische Wirtschaft. Was wollen Sie anders machen als die hergebrachten Unternehmerverbände?

UStA: Die von Ihnen genannten Verbände und Kammern schweigen zumeist. Es geht zunächst einmal nicht um Kampf, sondern darum, endlich einmal wahrgenommen zu werden. Und zwar dadurch, dass wir uns alle zusammenschließen. Bundesweit sind alle Unternehmenstypen eingeladen mitzumachen. Die Größe des Unternehmens spielt dabei keine Rolle. Auf unserer Internetseite besteht die Möglichkeit sich zu vernetzen, nach Bundesland und Branche geordnet. Dann wird deutlich, wie viele Unternehmen wir sind. Keine Förderungen mehr ohne unsere Mitsprache. Nur wenn wir uns organisieren, können wir diese Mitsprache erwirken.

Die Lage der kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU) ist teilweise wirklich sehr verzweifelt. Der bekannte Insolvenzverwalter Frank Kebekus, der die in Zahlungsschwierigkeiten geratene Kette Galeria Kaufhof Karstadt verwaltet, sagte vor kurzem einen existenzvernichtenden „Tsunami“ für die KMU vorher. Teilen Sie diese Einschätzung? Und wer ist für diese Situation verantwortlich?

UStA: Herrn Kebekus kann ich nur zustimmen. Wir Unternehmer standen von jetzt auf gleich vor einer Situation, dass wir nicht einmal unseren Lebensunterhalt erarbeiten durften. Bei den Förderungen wurde keine Rücksicht genommen auf die Entlohnung der Unternehmer. Viele wurden schon von Anfang an zu Hartz-4-Empfängern aufgrund staatlicher Verordnungen. Die Förderungen in der Zweiten Phase gehen, wie die Zahlen ja auch deutlich zeigen, an den Unternehmen vorbei. Wir wurden nicht gefragt.

Was schlagen Sie vor?

UStA: Beispielsweise sollten die Stützungsdarlehen zinsfrei gestellt werden. Die Laufzeit muss auf mindestens zehn Jahre ausgerichtet werden. Zu überlegen ist auch, ob ein Teil der Stützungsdarlehen als tatsächlicher Zuschuss für die Unternehmen verwendet wird. Wir setzen uns tagtäglich für die Mitarbeiter und für uns selber ein. Wir wollen keine Almosenempfänger werden. Aber bestimmte Bereiche schaffen es nun einmal nicht aus eigener Kraft. Viele haben bislang noch gar keine Förderung beantragt. Die, die diese Förderung aber benötigen, müssen so aufgestellt werden, dass sie überleben können. Anderenfalls werden die Gelder vergeudet.

Wie sieht es bei diesen Förderungen mit der Verteilungsgerechtigkeit aus?

UStA: Als wichtig sehen wir an, dass die Großkonzerne in die Eigenverantwortung entlassen werden. Wie kann es denn sein, dass der größte Teil der Förderung an die Großkonzerne geht? Und zwar ohne Berücksichtigung des Vorjahresgewinns? Staatsgelder münden auf diese Weise in Dividendenausschüttungen. Der Mittelstand muss sich demgegenüber aus eigener Kraft neu aufstellen. Hier stimmt was nicht. Warum stellt man den deutschen Umsatz des Onlineversands Amazon nicht in ein angemessenes Verhältnis zu dessen Gewinnen, und erhebt Steuern? Sind wir wirklich so hilflos diesen Konzernen gegenüber? **Eine wichtige Rolle spielte in den letzten hundertfünfzig Jahren die öffentliche und genossenschaftliche Geldwirtschaft für den deut-**

schen Mittelstand. Allerdings wurde dieser Zweig der Geldwirtschaft in den letzten Jahrzehnten systematisch von der Politik heruntergefahren und teilweise in den Ruin getrieben. Sollte man die öffentliche und genossenschaftliche Geldwirtschaft wieder in vollem Maße herstellen? Oder sehen Sie andere Möglichkeiten, dem Mittelstand neues Geld zuzuführen?

UStA: Die KMUs brauchen eine eigene Bankenstruktur. Es muss dabei um die Wirtschaft gehen und nicht um ein Regelwerk, wie es die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in den Finanzierungsvorschriften Basel I-III verbindlich vorschreibt. Die Unternehmen brauchen gut gedachte Investitionen. Denn wer kann solche Dinge besser beurteilen als die Unternehmer selber? Die Unternehmen brauchen Stützung in der Not, mit unternehmerischen Verstand geprüft. Das fehlt.

Wie sehen Sie die Chancen der deutschen KMU im internationalen Wettbewerb und zum anderen im Zuge der gerade aggressiv vorangetriebenen Digitalisierung?

UStA: Vorab bemerkt glaube ich, dass Deutschland noch nicht so stark betroffen ist wie andere Länder. Wenn wir den oben besprochenen Ansatz genauer durchdenken hoffe ich, dass wir erkennen: bei allem Handeln muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die Digitalisierung darf dabei gerne behilflich sein. Sie darf aber nie zum Selbstzweck werden.

Wie werden Sie sich in den nächsten Wochen und Monaten in das politische Geschehen einbringen?

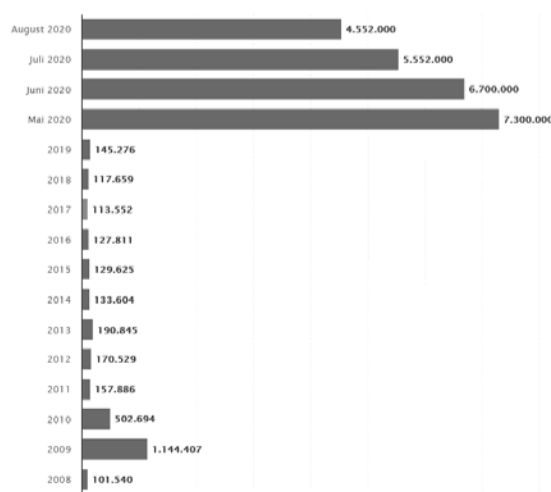
UStA: Ich glaube wir leben in einer Zeit, die ein anderes Denken von uns fordert in allen Bereichen. Es geht darum, in das eigene Handeln mehr Menschlichkeit einzubringen. Das werden wir unterstützen. Es handelt sich um den Versuch, in die Wirtschaft solche Gedanken einzubringen, zur Diskussion zu stellen und zum Handeln anzuregen. Es gibt schon seit langer Zeit Unternehmen, die nach solchen Kriterien der Menschlichkeit arbeiten, die aber kaum einen größeren Raum in der Wirtschaft einnehmen. Jetzt nehmen aber gerade jüngere Unternehmer diesen Faden wieder auf. Ich glaube, es ist Zeit für ein menschlicheres miteinander Wirtschaften und damit die Zeit einer Chance auf ein menschenwürdigeres Leben. Das könnte die Chance sein, die in dieser Krise steckt.

Das Interview führte Hermann Ploppa. Weitere Informationen zur Initiative: Unternehmer-stehen-auf.de

- 34,6 Milliarden \$ Zuwachs
- 8,2 Milliarden \$ Zuwachs
- 11,8 Milliarden \$ Zuwachs
- 7,4 Milliarden \$ Zuwachs
- 25 Milliarden \$ Zuwachs
- 8 Milliarden \$ Zuwachs
- 7 Milliarden \$ Zuwachs
- 564 Millionen \$ Zuwachs
- 12,8 Milliarden Dollar

Die Löhne aus den USA ist in diesem Jahr also um 15 Prozent gestiegen, während die Lockdowns in den USA.

Kurzarbeiter in Deutschland



Konzern-Imperium schlägt zu, Aktion und Reaktionen stehen in Zusammenhang. | Quellen: Statistisches Bundesamt (Kurzarbeit 2020), Bloomberg (Vermögen).